

PROKLA-Redaktion

## Editorial: Globalisierung und Spaltungen in den Städten

Weltweit sind Städte heute von den Krisen- und Restrukturierungsprozessen des globalen Kapitalismus betroffen. Städte in der sogenannten Ersten Welt lassen sich weniger denn je ohne Berücksichtigung der Beziehungen zur Dritten und Vierten Welt diskutieren. David Harvey bezeichnet die heutigen Metropolen Europas und Nordamerikas als „affluent suburbia“ – als wohlhabende Vororte der inzwischen nach Lateinamerika, Asien und Afrika ausgelagerten produktiven Zentren. Die verarbeitende Industrie konzentriert sich gegenwärtig im globalen Süden, im Pearl River Delta der Provinz Guangdong allein arbeiten heute mehr Arbeiter in der Produktion als in den USA (ca. 18 Millionen – im Gegensatz zu den 14 Millionen Industriearbeitern der USA<sup>1</sup>). In den Metropolen des Nordens verbleiben die Finanzdienstleistungen und hochwertige produktionsorientierte Dienstleistungen – mit ihrer selbst wieder differenzierten Arbeitskräftenachfrage. Diese neue globale Arbeitsteilung und die räumlichen Verschiebungen innerhalb des globalen Akkumulationsprozesses haben neue Aufgaben und Herausforderungen für städtische Akteure mit sich gebracht. Auf allen Kontinenten sind Städte und Metropolregionen in komplexe Beziehungsgeflechte aus internationalen Waren-, Finanz- und Migrationsströmen eingebunden, die sie selbst

aktiv hervorbringen. Aufgrund der verschärften Weltmarktkonkurrenz agieren Städte und Metropolregionen immer mehr wie profitorientierte Unternehmen, die in der Konkurrenz um Kapitalinvestitionen, Arbeitsplätze und Steuergelder gegeneinander antreten. Stadtpolitik wird zur Standortpolitik. Lokale Regierungen und Unternehmerverbände machen sich „fit“ für die Konkurrenz. Städte investieren öffentliche Mittel gezielt in „Zukunftsinvestitionen“. Sie privatisieren öffentliche Räume und Güter und setzen sie via *Public-Private Partnership* und *Cross-Boarder Leasing* „in-Wert“.

Doch mit der Aufwertung des Lokalen als treibende Kraft regionaler und globaler Restrukturierungsprozesse tragen Städte auch bei zur Produktion der neuen räumlich-zeitlichen und politisch-sozialen Ungleichheiten der neoliberalen Globalisierung. Sie sind die politischen und ökonomischen Zentren, in denen die Globalisierung aktiv vorangetrieben wird, und sie sind die geographischen Orte, an denen sich soziale Ungleichheit verschärft, wo sich neue politische Exklusionsprozesse vollziehen und neue soziale Widersprüche entfalten. Hier werden die sozialen Alltagsinhalte der Globalisierung ausgekämpft.<sup>2</sup> Nicht mehr

2 Roger Keil, Neil Brenner (2003): Globalisierung, Stadt und Politik, in: Albert Scharenberg, Oliver Schmidtke (Hg.), *Das Ende der Politik? Globalisierung und der Strukturwandel des Politischen*. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 254-276.

nur in den Mega-Cities in der sogenannten Dritten Welt, sondern auch in Europa und Nordamerika, wo Städte seit dem 19. Jahrhundert vor allem als „gesellschaftliche Integrationsmaschinen“ funktioniert haben, bilden sich zunehmend urbane Räume der gesellschaftlichen Spaltung heraus und entwickeln politische Akteure neue Strategien, mit diesen sozialräumlichen Spaltungen umzugehen.

Zwar gibt es in Deutschland, Frankreich oder den USA (noch) keine derart umfangreichen urbanen Verelendungsprozesse, wie sie etwa George Packer in *The Megacity* für Lagos oder Mike Davis in *Planet of Slums* für weitere explodierende Mega-Cities des Trikont dokumentiert haben. In Städten wie Lagos, Jakarta oder Lima dominiert der bloße Kampf ums Überleben den Alltag vieler Bewohner und Bewohnerinnen. Die Schuldenkrise der 1980er Jahre und die darauf folgenden neoliberalen Strukturierungsprogramme haben ganzen Bevölkerungen des Südens ihre Lebensgrundlage entzogen, sie vom Land in die Städte getrieben und oftmals zu einem paradoxen Prozess von „urbanization-without-growth“ (Mike Davis) geführt.

Doch die sozialen Polarisierungsprozesse haben sich auch in den Städten des Nordens verschärft. Das Leitbild von gesellschaftlicher Teilhabe und der Beseitigung sozialräumlicher Disparitäten, das die Städte der fordistischen Ökonomien im globalen Norden prägte, gehört längst der Vergangenheit an. Im Nachhinein scheint es sich eher als geschichtlicher Ausnahmestand denn als kapitalistische Regel zu erweisen. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts löst sich die „klassische Gegenüberstellung“ von Zentren des Wohlstands im Norden und Armutsmetropolen in der kapitalistischen Peripherie des Südens tendenziell auf. Stattdessen lassen sich in allen Städten intensive Spaltungsprozesse entlang der Widersprüche der neuen globalen Arbeitsteilung beobachten.

Vor 10 Jahren hat sich die PROKLA bereits mit der Materialisierung globaler

Prozesse an lokalen Orten beschäftigt und für eine transnationale Untersuchungsperspektive „des Städtischen“ plädiert (siehe PROKLA 109 *StadtRaum*, Dezember 1997 und PROKLA 110 *S(t)andOrt Berlin*, März 1998). Inzwischen sind die Forschungsperspektiven zu aktualisieren, die gegenwärtigen stadtpolitischen Entwicklungen sind in neuer Weise empirisch zu beschreiben und theoretisch zu verarbeiten. Das Konzept der „unternehmerischen Stadt“ muss erweitert und ergänzt werden, um den aktuellen Veränderungen gerecht zu werden. Vor allem geht es uns auch heute darum, widerständige Kräfte zu identifizieren, die durch eine Stadtpolitik „von unten“ in die aktuellen Restrukturierungsprozesse intervenieren können. Es geht um die Frage, auf welchem stadtpolitischen Terrain sie heute agieren. In diesem Heft fragen wir zusätzlich nach den neuen Spaltungslinien innerhalb der Städte des globalen Südens, die nach zwei Jahrzehnten, in denen sich die Debatten vor allem auf die „global cities“ des Nordens konzentriert haben, verstärkt in den Blick der kritischen Stadtforschung geraten.<sup>3</sup>

Susanne Heeg und Marit Rosol stellen in ihrem Beitrag die aktuellen Debatten und Konzepte vor, mit denen die kritische Stadtforschung die gegenwärtigen Entwicklungen in den Städten diskutiert. Dabei zeigt sich unter anderem, dass sich auf Grund der Pfadabhängigkeit neoliberaler Strategien nur sehr bedingt einheitliche urbane Entwicklungsmuster für verschiedene Weltregionen identifizieren lassen. Unter den jeweils historisch- und räumlich-spezifischen Bedingungen setzt sich der „actually existing neoliberalism“ in jeweils besonderer Art und Weise durch.<sup>4</sup> Für die Städte Europas und Nord-

3 Jennifer Robinson: *Ordinary Cities. Between Modernity and Development*, London: Routledge 2006.

4 Neil Brenner, Nik Theodore: *Cities and the Geographies of "Actually Existing Neoliberalism"*, in: *Antipode*, 34. Jg, Nr. 3, 2002, S. 349-379.

1 James Fallows: China Makes, the World Takes, in: *The Atlantic Monthly* July/August 2007.

amerikas scheint es jedoch, so Heeg und Rosol, als wenn die „harte“ Standortpolitik der unternehmerischen Stadt mehr und mehr durch „weiche“, auf Quartiere bezogene Strategien ergänzt wird. Neoliberale Wettbewerbspolitik „bedient“ sich auf lokaler Ebene der neokommunitaristischen Ideale von aktiver Bürgerschaft und Gemeinsinn. Die politischen Potentiale des „governing through community“ sind freilich ziemlich widersprüchlich und durchaus ambivalent – ob sie nahtlos in der „Instrumentalisierung persönlicher Loyalitätsbeziehungen“ aufgehen, ist nicht ausgemacht. Vielmehr wäre hier zu fragen, inwieweit sich auch neue Felder des Experimentierens und der Partizipation für eine linke Politik ergeben.

Eric Töpfer, Volker Eick und Jens Sambale beschäftigen sich in ihrem Artikel mit einem aktuellen Beispiel für quartiersbezogene Stadtpolitik: den sogenannten Business Improvement Districts (BIDs). Anhand von Fallstudien aus Kanada, den USA und Deutschland untersuchen sie diese Form der Public-Private Partnerships, bei der lokale Geschäftsinhaber und Grundstückseigner in eigener Regie ihre Stadtviertel entwickeln und vermarkten. Das betrifft sowohl die Zahlung lokaler „Extra-Steuern“ als auch die Einrichtung paralleler Politikstrukturen mit Vertretern der lokalen Wirtschaft oder des Immobilienkapitals, der Stadtverwaltung und anderen an der Entwicklung des Quartiers Interessierten. Dabei geht es nicht nur um die rechte Mischung von Geschäften oder deren Angebote und Öffnungszeiten. Vielmehr sind BIDs, so die Autoren, mittlerweile zu einem Modell für „downtown governance“ geworden, das sich vor allem auf die Durchsetzung konservativer law-and-order Politiken konzentriert und die Räume des Konsums von Bettlern, Punks, Straßemusikern, jugendlichen Sprayern und den Effekten städtischer Armut „säubert“: So funktionieren BIDs als „neues Instrument für Containment und Ausgrenzung.“

Dass die unternehmerische „Modernisie-

rung“ der städtischen Politik und ihrer Institutionen nicht klassenneutral wirkt, sondern gravierende Konsequenzen für sozialräumliche Konflikte hat, zeigt auch Henrik Lebuhn in seiner Berliner Fallstudie. Er untersucht, wie die Implementierung neuer Steuerungsmodelle in den Berliner Verwaltungen das Handlungsfeld für städtische soziale Bewegungen neu formiert hat – und zwar zu deren Ungunsten. Am Beispiel des Konflikts um ein soziales Zentrum zeigt Lebuhn, dass die aktuellen Verwaltungsreformen nicht nur eine Sparmaßnahme in Zeiten knapper städtischer Haushalte sind, sondern eine Machttechnik darstellen, durch welche vor allem die außerparlamentarischen Widerstände gegen die in-Wert-Setzung des städtischen Raums behindert werden. Ebenso wie im Norden ist auch die Stadtentwicklung in den Ländern des Südens von der Integration der Finanzmärkte, der Beseitigung nationaler Handelshemmnisse, der Expansion transnationaler Unternehmen, sowie der Deregulierung und Privatisierung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen geprägt, wie Heeg und Rosol feststellen. Doch im Gegensatz zu Europa und Nordamerika führt die Globalisierung hier zur Zerstörung staatlicher Kapazitäten, wenn nicht zu Prozessen des Staatszerfalls. In der Folge ist die soziale und ökonomische Fragmentierung der Städte des globalen Südens auch viel stärker ausgeprägt: Während die reichen Eliten sich in hoch gesicherten „gated communities“ einen (auch an den Maßstäben der Ersten Welt gemessen) extrem luxuriösen Lebensstil leisten, überleben große Teile der Bevölkerung nur unter prekärsten Bedingungen in informellen Siedlungen und Parallelökonomien. Die analytische Trennung von formeller und informeller Sphäre ist allerdings mit Fallstricken versehen. Zumeist sind es höchst offizielle Investitionsentscheidungen, Bauprojekte und Stadtteilaufwertungen, die zur Verdrängung armer Stadtviertelbewohner aus halb-gesicherten Verhältnissen führen. Was hierzulande als Gentrifizierung be-

kannt ist, nimmt in den Metropolen des Südens häufig die Form einer quasi-militärischen Vertreibungspolitik an: Formalisierung und Informalität erscheinen hier deutlich als zwei Seiten der gleichen Modernisierungsmedaille.

In ihrem Beitrag über Tel Aviv untersucht Claudia Liebelt die Teilung der israelischen Hauptstadt in eine „Weiße Stadt“ und in eine „Schwarze Stadt“. Während erstere von eher bürgerlichen und vor allem europäischen Einwanderern geprägt wurde, geht letztere historisch auf die palästinensische Stadt Yaffo und die Notunterkünfte und Zeltstädte der jüdisch-„orientalischen“ Immigranten zurück. Heute wohnen in der „Schwarzen Stadt“ vor allem Migranten und Migrantinnen aus Asien, die – oftmals ohne legalen Aufenthaltsstatus – in den niedrig qualifizierten und schlecht bezahlten Dienstleistungsberufen Tel Avivs tätig sind. Für viele von ihnen ist die Stadt nur eine Art Zwischenstation auf ihrer Reiseroute nach Europa, Kanada oder in die USA: Tel Aviv als „Ort des Transit“, als „border city“ am Rande der „Festung Europa“ (vgl. dazu auch PROKLA 140 *Migration*, September 2005).

Mit Caracas steht in diesem Heft eine Metropole des Südens im Mittelpunkt des Beitrags von Matthias Bernt, Malte Daniljuk und Andrej Holm. Ähnlich wie in anderen lateinamerikanischen Städten ist die venezolanische Hauptstadt durch massive Exklusionsprozesse gekennzeichnet. Eine unheilige Allianz zwischen Weltbank und Internationalem Währungsfonds einerseits und korrupten lokalen Eliten andererseits hat Caracas in den 1980er und 1990er Jahren zu einer „Stadt der Barrios“ gemacht. Für die Bewohner der informellen Siedlungen gehören die mangelhafte Versorgung mit Basisdienstleistungen wie Wasser und Strom, Substandardwohnungen, Überbelegung, ungesunde Lebensbedingungen und ungeklärte Besitzverhältnisse zum Alltag. Doch unter der Regierung Chávez scheint sich ein Wandel abzuzeichnen: Über die Gründung lokaler

Räte und Selbstverwaltungen bindet die Regierung die marginalisierten Barriobewohner aktiv in die Stadtentwicklung ein und stellt Ressourcen für eine partizipative und kommunal gesteuerte Aufwertung der armen Stadtviertel bereit (vgl. auch Raul Zelik in PROKLA 142, *Soziale Kämpfe in Lateinamerika*, März 2006). Dabei eröffnet sich, so die Autoren, zumindest die Möglichkeit einer Transformation von Staatlichkeit hin zu einer „partizipativen und protagonisten Demokratie“. Vor allem vor dem Hintergrund der permanenten Ausdehnung präsidientlicher Befugnisse in Venezuela, aber auch mit Blick auf die strukturellen Abhängigkeit des Landes vom internationalen Ölmarkt, ist dieser Prozess der lokalen Demokratisierung allerdings höchst widersprüchlich und fragil. Auch Britta Grell beschäftigt sich mit sozialen Basisbewegungen, allerdings in den Großstädten der USA. In verschiedenen Städten gingen dort im Frühjahr 2006 insgesamt Millionen von Migranten und Migrantinnen, vor allem aus Lateinamerika, auf die Straßen, um gegen die Militarisierung der US-Grenzen und für die sozialen und politischen Rechte der Einwanderer zu kämpfen. Mit aktuell ca. 37 Millionen Menschen stellen Immigranten, so Grell, die am schnellsten wachsende, mobilste, jüngste und urbanste Bevölkerungsgruppe in den USA dar, die außerdem auch die höchste Erwerbsarbeitsquote vorzuweisen hat. Sie ist zudem eine der politisch aktivsten gesellschaftlichen Gruppen: In sogenannten „Worker Centers“, in Bildungseinrichtungen und Rechtshilfestellen – oftmals in Bündnissen mit anderen *grassroots groups* oder zusammen mit lokalen Gewerkschaften – organisieren sich viele Migranten und Migrantinnen zunehmend für ihre Interessen. Allerdings wird der Wunsch nach gesellschaftlicher Teilhabe und Anerkennung kaum zu einer neuen militanten Massenbewegung führen, wie dies in den 1960er Jahren der Fall war, und es sind auch keine Aufstände wie 1992 bei den Rodney King

Riots in Los Angeles zu erwarten. Der Slogan, der die Immigration-Rights Demonstrationen von 2006 dominierte, war vielmehr: „Today We March, Tomorrow We Vote!“

Wie unterschiedlich die sozialen Widerstände gegen den Um- und Abbau des Sozialstaats, gegen den institutionellen staatlichen Rassismus und die systematische Ausgrenzung von Immigranten in unterschiedlichen Städten und Ländern aussehen, zeigt *Martin Kronauer* in seinem Einspruch über die Revolte in den französischen Banlieues. Anders als die US-amerikanischen Immigration-Rights Demonstrationen, die völlig friedlich verliefen, sorgten die Unruhen und gewalttätigen Proteste in den Banlieues weltweit mit brennenden Autos für Schlagzeilen. Auch die deutsche Presse berichtete über mehrere Wochen hinweg von revoltierenden Immigranten und knüppelnden Polizisten mitten in Europa. Folgte man der bundesdeutschen Debatte, so schienen die migrantischen Unruhen im Berliner Neukölln und anderen sogenannten „Problemvierteln“ nur noch eine Frage der Zeit zu sein. *Martin Kronauer* betont dagegen die „feinen Unterschiede“ zwischen benachteiligten Kiezen und Banlieues - zwischen Immigranten in Deutschland und Frankreich. Dabei wird klar, dass die Frage nach der Revolte von Anfang an falsch gestellt war. Denn nicht die Proteste sind das Problem, „sondern die verpasste Chance, auf ihre Ursachen einzugehen und ihre Motive aufzugreifen.“

Die Ausdifferenzierung neoliberaler Entwicklungspfade auf lokaler Ebene macht eine stadtpolitische Gesamteinschätzung schwierig - zumal für unterschiedliche Weltregionen. Wie etwa ist das „downscaling“ von Regierungstechniken bis auf die Quartiersebene und die zunehmende Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure in die stadtpolitische Arena zu bewerten? Zeichnen sich darin bereits die inneren Widersprüche und Krisentendenzen und möglicher Weise auch eine Schwächung des neoliberalen Projektes

ab? Oder haben wir es eher mit einer Intensivierung von Herrschaft zu tun? Oder gibt es möglicher Weise gar keinen Widerspruch zwischen diesen beiden Antworten?

Ob die Aufwertung der Städte als eigenständige politische Ebene unterhalb der nationalstaatlichen auch einen neuen Raum für eine emanzipative Politik „von unten“ eröffnet, hängt vor allem von den sozialen Bewegungen ab. Deren Zukunft aber ist ungewiss. Zwar entwickeln sich mit der zunehmenden Spaltung der Städte in der Globalisierung neue politische Proteste auf lokaler Ebene. Vor allem die Initiativen, Kampagnen und Widerstände transnationaler Migranten und Migrantinnen, die sich in den Städten Europas und Nordamerikas für ihre sozialen und politischen Rechte organisieren, spielen dabei eine wichtige Rolle. Doch lässt sich nicht vorhersagen, ob sich soziale Bewegungen am Ende politisch inkorporieren und befrieden lassen, ob sie versiegen oder repressiv zerschlagen werden, oder ob sie Multiplikatoreffekte erzeugen, sich radikalieren und ausweiten. Sicher ist dagegen, dass sich an der Frage nach der Privatisierung und In-Wertsetzung öffentlicher Räume und in den Konflikten um *local citizenship* und gesellschaftliche Teilhabe immer auch entscheidet, welche Freiräume einer linken Politik in Zukunft für ihre Diskussions-, Organisations- und Aneignungsprozesse zur Verfügung stehen werden.

\* \* \*

Außerhalb des Schwerpunktthemas setzen wir mit dem Beitrag von *Robert Brenner* unsere Debatte zum Irakkrieg der USA, die in der letzten Nummer mit dem Artikel von Sabah Alnasseri begann, fort. Brenner argumentiert, dass die USA nach der Auflösung der Sowjetunion alle außenpolitischen Ziele erreicht hatte, so dass die Gründe für den Irakkrieg vor allem in der Innenpolitik zu suchen seien. Ebenfalls außerhalb des Schwerpunktes setzen sich *Andreas Fisahn* und *Regina Viotto* mit den Verschiebungen im Ver-

fassungskompromiss auseinander. Sie zeichnen den Weg von der Hessischen Verfassung, der 1946 verabschiedeten fortschrittlichsten deutschen Länderverfassung bis zur Debatte um eine Europäische Verfassung nach.

An dieser Ausgabe wirkte *Margit Mayer* als Gastredakteurin mit. Wir danken ihr ganz herzlich für ihr Engagement, ihre Ideen und ihre Anregungen, ohne die das Heft so nicht hätte erscheinen können.

## Zu den besonderen Produktionsbedingungen dieses Heftes

Dieses Heft ist insofern unter besonderen Produktionsbedingungen entstanden, als mehrere unserer Autoren mit strafrechtlicher Verfolgung konfrontiert waren. Im Editorial des letzten Heftes haben wir bereits auf das Verfahren nach § 192a StGB gegen sieben Personen aus Berlin, darunter mehrere Autoren dieses Heftes, hingewiesen (*Kritische Wissenschaft als Beweis für die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung?*). Die terroristische Vereinigung wird von der Bundesanwaltschaft durch eine Mischung aus intellektueller Täterschaft und Kontaktschuld konstruiert. Das Konstrukt von Bundesanwaltschaft und Bundeskriminalamt zeitigte entsprechende polizeiliche Maßnahmen: Die Verdächtigen werden seit über einem Jahr beschattet und per Audio-, Video- und Telekommunikationsüberwachung bespitzelt (in den Akten sind rund 1.000 Personen erfasst, mit denen die Verdächtigen Kontakt hatten, selbst telefonische Absprachen der Autoren zur geplanten Veröffentlichung eines Artikels in der PROKLA finden sich in den Protokollen des BKA), vier Personen wurden in Untersuchungshaft genommen, was für sie täglich 23 Stunden Einzelhaft unter Sonderbedingungen bedeutete.

Mehrere Redaktionsmitglieder der PROKLA und weitere Autoren dieses Heftes haben sich in der die Verfahren begleitenden Solidaritätsarbeit engagiert (weitere Informationen dazu siehe unter <http://einstellung.so36.net>). Die PROKLA hat die Veranstaltung „Ist jetzt alles Terrorismus? Die politische Dimension des § 129a“ mitorganisiert, bei der am 30.10.2007 in der Berliner Volksbühne ca. 600 ZuhörerInnen durch Rolf Gössner, Christina Clemm, Fritz Störin und Roland Roth über die politische Dimension des Paragraphen 129a und die Bedeutung des aktuellen Verfahrens informiert wurden.

Der öffentliche Druck, den es sowohl im Inland als auch im Ausland gegeben hat, dürfte dazu beigetragen haben, dass unser inhaftierter Autor nach drei Wochen gegen Kautions aus der U-Haft entlassen wurde und der Bundesgerichtshof am 24.10.2007 den Haftbefehl endgültig mit der Begründung aufhob, dass die Voraussetzungen für einen Haftbefehl zu keinem Zeitpunkt vorgelegen hätten („bloße Vermutungen genügen nicht“, Bundesgerichtshof, Beschluss StB 34/07).

Noch sitzen drei Beschuldigte wegen des Konstrukts der Bundesanwaltschaft in U-Haft. Bis zum Erscheinen dieses Heftes wird der Bundesgerichtshof über die U-Haft von Oliver R., Florian L. und Axel H. entscheiden. Wir hoffen, dass der Bundesgerichtshof wenigstens strenge Maßstäbe daran anlegt, wann überhaupt von einer „terroristischen Vereinigung“ gesprochen werden kann und die Haftbefehle aufhebt.

Die PROKLA-Redaktion schließt sich der Forderung nach Abschaffung des § 129a und Freilassung der auf seiner Grundlage Verhafteten jedoch unabhängig von der Entscheidung des BGH an. Spendenkonto zum Verfahren: Thomas Herzog, Konto-Nr.: 577 701 432, BLZ: 360 100 43, Postbank Essen, Verwendungszweck: Sonderkonto Da es sich bei dem Verfahren aber weder um einen Zufall noch um einen Einzelfall handelt und nicht erst seit den Anschlägen vom 11.09.2001 über die Versichertheitlichung immer weiterer Bereiche des gesellschaftlichen Lebens die staatlichen Kontroll-

möglichkeiten ausgebaut werden (wie gerade im Moment durch das Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung), wird die PROKLA das Heft 3/2008 dem Thema „Politik mit der inneren Unsicherheit“ widmen.

## In eigener Sache

Die PROKLA wird von der „Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V.“ herausgegeben. Auf ihrer jährlichen Mitgliederversammlung wählt die Vereinigung die Redaktion der PROKLA und diskutiert die inhaltlichen Schwerpunkt des nächsten Jahres. Ohne die finanzielle Unterstützung der Vereinigung könnte die PROKLA als eine von jeder Institution oder Partei unabhängige linke wissenschaftliche Zeitschrift nicht existieren. Weitere UnterstützerInnen, die dem Verein beitreten wollen, sind herzlich willkommen. Die PROKLA wird von den Vereinsmitgliedern nicht nur finanziell, sondern auch inhaltlich gefördert. Um die Unterstützung der Redaktionsarbeit intensiver und kontinuierlicher zu gestalten, wurde bei der diesjährigen Mitgliederversammlung, die am 13. Oktober in Berlin stattgefunden hat, erstmals ein Redaktionsbeirat gewählt. Ihm gehören, Jürgen Hoffmann, Margit Mayer, Klaus Müller, Urs Müller-Plantenberg, Christoph Scherrer, Rudi Schmidt, Günter Thien, Gudrun Trautwein-Kalms und Bodo Zeuner an.

### PROKLA 150 (März 2008): Umkämpfte Arbeit

Im zunehmend globalisierten Kapitalismus brechen auch in den Metropolen neue Konflikte in und um die Erwerbsarbeit auf. Sie machen sich fest an der immer weitergehenden Intensivierung der Arbeit, an veränderten Formen der Ausbeutung der Arbeitskraft, an widerspruchsvollen Anforderungen an mehr Eigenverantwortung verbunden mit verschärften direkten und indirekten Kontrollen, an wachsender Unsicherheit von Beschäftigung und am ungeschützten Charakter von Beschäftigungsverhältnissen. Diese Interessenkonflikte und die Formen, in denen sie ausgetragen werden, sollen im Zentrum dieses Heftes stehen. Dabei wird es insbesondere um die neuen Auseinandersetzungen um Arbeitszeit gehen, um die arbeitspolitischen Auswirkungen der Restrukturierung globaler Produktionsnetzwerke und um indirekte Steuerungsformen, die an der Subjektivität der Beschäftigten ansetzt.

### PROKLA 151 (Juni 2008): Gesellschaftstheorie nach Marx und Foucault

Nachdem in den 1960er und 70er Jahren kritische Gesellschaftstheorien vor allem im Anschluss an Marx formuliert wurden, ist in den 1980er und 90er Jahren Foucault zu einem entscheidenden Stichwortgeber geworden. Dabei blieb das Verhältnis von Marx und Foucault allerdings recht unklar: Foucault, der sich selbst keineswegs als Marxist verstand, knüpfte in wichtigen Feldern an Marx an, wurde in der Debatte aber auch immer wieder gegen Marx in Stellung gebracht. Ob die Formation der „Diskurse“ gegen die „Materialität“ der gesellschaftlichen Verhältnisse stehen oder deren Bestandteil sei, blieb genauso unklar wie das Verhältnis der Foucaultschen „Mikrophysik der Macht“ zum Marxschen Begriff von Herrschaft und Ausbeutung. Allerdings soll es in diesem Heft nicht um werksgeschichtliche Aufarbeitungen gehen, vielmehr soll untersucht werden, auf welche Weise heute, im Anschluss an Marx und/oder Foucault gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse analysiert und der Widerstand dagegen konzipiert werden kann.

Susanne Heeg, Marit Rosol

## Neoliberale Stadtpolitik im globalen Kontext. Ein Überblick

### Einleitung

Die Frage, ob städtische Politik im Zuge der grundlegenden gesellschaftlichen Transformationsprozesse jeglichen Handlungsspielraum verloren habe oder aber im Gegenteil eine Aufwertung stattgefunden habe, beschäftigt die Stadtforschungsliteratur seit über zwei Jahrzehnten (vgl. exemplarisch Heeg 1998; Peck/Tickell 1992; 1994; Krätke/Schmoll 1987; Mayer 1991; Ronneberger/Schmid 1995). Empirisch lassen sich einerseits die Überantwortung neuer Aufgaben, die Etablierung einer neuen Position als direkte Verhandlungspartnerin mit transnationalen Unternehmen, die Einbeziehung neuer Akteure und allgemein die gestiegene Flexibilität lokaler Regierungen feststellen. Andererseits sind jedoch vor allem finanzielle Beschränkungen und die Verabschiedung von vielen vormals staatlich-kommunalen Aufgaben, sowohl im sozialen Bereich als auch in der räumlichen Planung zu konstatieren. Roland Roth folgert daraus, dass sich gerade die lokale Ebene zu einem zentralen Experimentierfeld für neue post-fordistische Regulationsweisen herausbildete (Roth 1998: 107ff.).

Es existieren sehr unterschiedlichen Einschätzungen hinsichtlich der Handlungsspielräume für progressive Politiken auf lokaler Ebene. Einige AutorInnen schließen die Möglichkeit sozial progressiver Projekte und Allianzen auf städtischer Ebene im Zuge der gesellschaftlichen Transformationsprozesse zumindest nicht aus (u.a. Mayer 1994a: 327). Anderen AutorInnen zufolge verengen jedoch die neoliberale Umstrukturierung städtischer Politiken sowie das down-scaling nationaler Verantwortlichkeiten und Kompetenzen den Spielraum für sozial innovative urbane Konstellationen extrem (so Peck/Tickell 1994: 299,307). Während Peck und Tickell also folgerten, dass aufgrund der neoliberalen Globalisierung jedweder Optimismus hinsichtlich erweiterter Handlungsspielräume in die Irre führe (Peck/Tickell 1994: 281), stellte Mayer zunächst einmal fest, dass „die neuen, „deregulierten“ Bedingungen lokaler Politik weder ruinöser noch emanzipatorischer sind als die durch wohlfahrts- und zentralstaatliche Imperative gesetzten, sondern anders“ (Mayer 1990: 191f.). Sie plädierte konsequenterweise für konkrete empirische Untersuchungen spezifischer lokaler Konstellationen.